

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 30 \mathcal{A} .
für Versammlungsanzeigen 10 \mathcal{A} pro Zeile.

~ Zum Jahreswechsel ~

Und wieder hob die Glocke an
Zu eines Jahres letztem Schlage,
Und wieder schloß ein letzter Ring
Die Kette der vergang'nen Tage.
Es endete ein altes Spiel,
Um gleich von neuem zu beginnen,
Und wie es auch die Lose wirft:
Verlieren mischt es und Gewinnen.

Das alte Jahr ertrank in Blut,
Das neue wird daraus geboren;
Aus seinem ersten Glockenschlag
Tönt schon der Schicksalspruch: Verloren!
Denn mancher, der noch frisch und stark
Besubelt diese Zeitenwende
Und jauchzend grüßt das neue Jahr,
Grüßt nur den Anfang, nicht das Ende.

Und mancher, der in Sorgen steht
Und düster sinken sieht sein Leben,
Wird einst an einem jungen Tag
Sich kraftvoll schaffend neu erheben.
Wird um sich Freund und Bruder seh'n
Voll unverzagter, stolzer Stärke,
Und bauen wird ein jeder Tag
Tatvoll an unserm alten Werke.

Fehlt uns manch' lieber Kamerad,
Dahingestreckt von rauhen Waffen,
Er soll uns ungestorben sein:
Sein Geist wird in und mit uns schaffen.
Was er im Frieden ausgestreut:
Die Saat der Einigkeit und Treue,
Erhebt sich nach dem Weltensturm
Keimfroh und wetterstark aufs neue.

So tritt herein denn, Eisenjahr!
Wir sehen deine Feuer lohen
Und hören deinen Schicksalsruf:
Wer starb, der ist der Zeit entflohen.
Wer starb, ist aller Sorgen bar.
Doch wer noch nicht von ihr zertreten,
Der soll in Not auch und Gefahr
Die Zeit nach seinem Willen kneten!

Pan.

Rückblick.

Abermals stehen wir am Schlusse eines Jahres und damit zugleich vor der Aufgabe, in einem Rückblick die wichtigsten gewerkschaftlichen Ereignisse zu werten, zu untersuchen, was das Jahr den Gewerkschaften gebracht hat und was ihnen versagt geblieben ist. Allein die außergewöhnlichen Verhältnisse, unter denen wir gegenwärtig leben, nötigen uns eine gewisse Reserve auf. Und diese veranlaßt uns, von einem ausführlichen Rückblick, wie wir ihn in den letzten Jahren zu geben gewohnt waren, worin wir nach Möglichkeit alle bedeutenden Bewegungen der verschiedenen Zentralverbände Revue passieren ließen, abzusehen und es bei einigen kurzen, allgemein gehaltenen Ausführungen bewenden zu lassen. Das kann um so leichter geschehen, als in diesem Jahre nur wenige Bewegungen von erheblichem Umfange geführt worden sind, was wohl in der Hauptsache dem Umstände zuzuschreiben sein mag, daß große ausgedehnte Streiks und Lohnbewegungen im Jahre 1913 ihre Erledigung gefunden haben.

Dem nunmehr zu Ende gehenden Jahre 1914 hat der Krieg sein Gepräge gegeben. Wiewohl er erst in der zweiten Jahreshälfte zum Ausbruch gekommen ist, so hat er doch, wie das große Ereignisse in der Regel zu tun pflegen, seine Schatten vorausgeworfen. Die Wirtschaftskonjunktur war — einzelne Industrien ausgenommen — schon im ersten Halbjahr keineswegs sehr günstig. Auch das Baugewerbe ließ viel zu wünschen übrig. Der Hoffnung auf eine allgemeine Hebung des Wirtschaftslebens bereitete der Krieg, der in nahezu allen Industriezweigen eine plötzliche Stockung eintreten ließ, ein jähes Ende. Daß er auch auf die Gewerkschaften Einfluß übte, ja das gesamte gewerkschaftliche Leben für geraume Zeit fast total stilllegte, ist eine offenkundige Tatsache. Besonders aber war jeder auf eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten gewerkschaftlichen Tätigkeit ein Ziel gesetzt. Wo noch bei Ausbruch des Krieges Streiks und Aussperrungen bestanden — wir erinnern nur an die Textilarbeiterausperrung in der Lausitz und den Kampf der Tabakarbeiter

in Mannheim —, wurden diese aufgehoben und der „Burgfriede“ proklamiert.

Die Gewerkschaften stellte der Krieg vor eine ganz neue Situation. Auf der einen Seite mußten sie sofort nach Kriegsausbruch einen namhaften Teil ihrer Mitglieder ins Feld stellen, auf der andern Seite nahm unter den zurückgebliebenen Mitgliedern die Arbeitslosigkeit einen sehr bedenklichen Grad an, der das Schlimmste befürchten ließ. In ihrem Mitgliederbestand ganz erheblich geschwächt, von starker Arbeitslosigkeit heimgekehrt, waren für die Gewerkschaften die ersten Wochen des Krieges eine Zeit ängstlicher Sorge. Die unterschiedlichen Maßnahmen, die getroffen wurden, um den vielfachen Gefahren, die man befürchtete, zu begegnen, lassen gar keinen Zweifel darüber, daß in Gewerkschaftskreisen im ersten Moment nach Ausbruch des Krieges eine gewisse Unsicherheit herrschte. Erst allmählich schwand die Beforgnis, eine kühlere Abwägung griff Platz und bald kehrte die gewohnte Ordnung wieder. Nun galt es, die Mitglieder mit den Aufgaben der Gewerkschaften während des Krieges vertraut zu machen, ihnen den letzten Rest bangen Zweifels zu nehmen, ihren Blick zu klären und sie besonders davon zu überzeugen, daß nun erst recht alle Kräfte eingesetzt werden müßten für die Erhaltung der Gewerkschaften, damit der Frieden, der diesem Kriege früher oder später folgen muß, sie bereit fände zu neuer erprießlicher Arbeit. Das ist, so können wir heute sagen, fast allenthalben gelungen.

Gewiß, wir brauchen es nicht zu verschweigen, daß vereinzelt die Maßnahmen, welche von den Gewerkschaften getroffen wurden, in Mitgliederkreisen recht bittere Empfindungen ausgelöst haben. Mehrfach ist diesen Empfindungen auch offen Ausdruck verliehen worden. Wir halten das durchaus für kein Unglück. Eine Kritik ihrer Handlungen werden sich die Gewerkschaftsleitungen gefallen lassen müssen, und diese Kritik wird kaum schaden, solange sie den Rahmen der Sachlichkeit einzuhalten bemüht ist, nicht ins Persönliche ausartet, oder gar den leitenden Personen einer Gewerkschaft Unterstellungen macht dahingehend, als hätten sie es nur auf eine Schmälerung der Rechte der Mitglieder

abgesehen. Leider sind auch solche Fälle zu verzeichnen. Es sollte wahrlich hier der Versicherung nicht bedürfen, daß die Gewerkschaftsleitungen sich auch bei den hier in Frage kommenden Maßnahmen nur von dem aufrichtigen Bestreben haben leiten lassen, tunlichst dem Interesse der gesamten Mitglieder gerecht zu werden. Nichts anderes! Wir sind aber auch ebenso sehr davon überzeugt, daß die verärgerte Stimmung, die hier und da erzeugt worden ist durch die veränderten Einrichtungen in den Gewerkschaften, in kurzer Zeit schwinden und an ihre Stelle die alte Arbeits- und Organisationsfreudigkeit treten wird, die bisher die Mitglieder der freien Gewerkschaften auszeichnete; nicht zuletzt auch die Mitglieder unseres Verbandes. Wir brauchen arbeits- und organisationsfreudige Mitglieder heute nötiger als zuvor. Noch ist nicht zu wissen, wie lange der Krieg dauern, wann er beendet sein wird. Eines aber ist sicher: Nach Beendigung des Krieges wird man der Gewerkschaften noch dringender als vorher bedürfen; deshalb wäre jede Schwächung, die ihnen gegenwärtig, absichtlich oder unabsichtlich, zugefügt würde, lebhaft zu beklagen, besonders, wenn der Anlaß dazu von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern selbst käme. Das darf einfach nicht sein, wenn nicht die notwendige Unterordnung des Einzelwillens unter den Willen der Gesamtheit nur noch eine leere Redensart sein soll.

Schwere Zeiten sind es, die die Gewerkschaften durchleben. Es treten Anforderungen an sie heran der verschiedensten Art, die unmöglich alle zu erfüllen sind. Soweit aber die Gewerkschaften daran mitwirken können, das Glend des Krieges zu lindern, ihren Mitgliedern die ungünstigen wirtschaftlichen Wirkungen desselben weniger fühlbar zu machen, werden sie dazu nach wie vor bereit sein, schon aus dem einfachen Grunde, weil ihnen alles daran gelegen ist, möglichst wenig geschwächt den Krieg zu überstehen, um sich nach dem Friedensschluß mit alter Kraft wieder ihrer Hauptaufgabe widmen zu können: der Hebung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder; eine Aufgabe, die während des Krieges vor andern nicht minder wichtigen Aufgaben hat zurücktreten müssen. An der Erreichung

dieses Zieles sollte jeder Arbeiter nach besten Kräften mitwirken, er dient damit nicht nur seiner Gewerkschaft und seinen Berufsgenossen, sondern auch seinem eigenen persönlichen Interesse. Möge das neue Jahr uns alle, die wir zurückgeblieben sind, in gewohnter Weise und in gemeinsamer Arbeit für unsere Gewerkschaft vereint sehen; wir schulden das nicht nur uns selbst, sondern besonders auch allen denen, die draußen, fern der Heimat, für den Schutz und die Verteidigung des heimischen Herdes Gut und Blut einsetzen. Das sind viele Tausende brave Kameraden, die ein Recht haben, von uns zu fordern, daß wir in der Organisationsarbeit nicht erlahmen, sondern Sorge tragen, daß das Werk, dem auch sie so vieles geopfert, erhalten bleibt für die notwendige Arbeit nach dem Kriege.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

21. Generalversammlung.

Verbandsauschuß und Zentralvorstand beschloßen in einer gemeinschaftlichen Sitzung, die nächste ordentliche Generalversammlung des Verbandes, welche statutarisch im Frühjahr 1915 abgehalten werden müßte, vorläufig nicht einzuberufen.

Die Gründe, welche genannte Körperchaften zu obigem Beschlusse führten, sind folgende: Nach § 3 des Wahlreglements soll die Generalversammlung und die Aufstellung der Wahlabteilungen sowie die Anzahl der von diesen zu wählenden Delegierten spätestens in der Nummer des „Zimmerer“, die in der letzten Woche des November erscheint, beröffentlicht werden. Dieses ist jedoch nicht geschehen, weil zu jener Zeit die grundlegenden Abrechnungen aus den Zahlstellen bei weitem noch nicht eingegangen waren. Dann ist es aber einer ganzen Reihe von Zahlstellen infolge des verhängten Belagerungszustandes nicht möglich, Versammlungen abhalten zu können. Dort ist es demnach ausgeschlossen, daß die Wahl von Delegierten oder die Aufstellung von Kandidaten ordnungsgemäß vorgenommen werden kann. Im Südwesten und ganz besonders im äußersten Osten sind durch die Räumung verschiedener Zahlstellen vorläufig gänzlich auseinandergesprengt. Die Mitglieder dieser Zahlstellen können sich erst wieder sammeln, wenn einigermaßen gesicherte Verhältnisse geschaffen sind. Schließlich konnten aber auch ja mehr als 20 000 Mitglieder, die entweder in der Front oder sonst unter den Waffen stehen, nicht so ohne weiteres ausgeschaltet werden. Fest steht, daß eine große Anzahl von Kameraden unter den Waffen steht, die mit an erster und leitender Stelle in den Zahlstellen unseres Verbandes gestanden haben. Ein schreiendes Unrecht würde es sein, wenn diesen Kameraden keine Gelegenheit gegeben würde, daß auch sie nach Beendigung des Krieges ihr Wort über die fernere Gestaltung unseres Verbandes mit in die Waagschale werfen könnten.

Verbandsauschuß und Zentralvorstand glauben daher, daß sie nur im Interesse des Verbandes handeln, wenn vorläufig von einer Einberufung der Generalversammlung Abstand genommen wird. Sind wir erst am Ende des Krieges angelangt, dann wird natürlich in kürzester Frist die Generalversammlung ausgeschrieben werden.

Der Verbandsauschuß. Der Zentralvorstand.
Herm. Kube. Fr. Schrader.

Berichte aus den Zahlstellen.

In eigener Sache.

Unstimmigkeiten in der Zahlstelle Hamburg. Das ist an sich nichts Neues und kommt in anderen Zahlstellen auch vor. In diesem Falle wird aber versucht, die Redaktion des „Zimmerer“ hineinzuziehen, und damit sind wir durchaus nicht einverstanden.

Die Zahlstelle Hamburg publiziert ihre Berichte in drei Zeitungen, nämlich im „Hamburger Echo“, „Hamburger Volksblatt“ und im „Zimmerer“. Daraus können unliebsame Fraktionen entstehen. Druckfertige Berichte werden von Zahlstellenschriftführern erklärlicher- und entschuldbarer Weise nur selten geliefert. Gehen diese Berichte an verschiedene Zeitungen, dann erscheinen sie ganz selbstverständlich in verschiedenen Lesarten. Solange nun Heinrich Meyer, der bekanntlich in Frankreich gefallen ist, Zahlstellenschriftführer war, brachte er seine Manuskripte zur Redaktion des „Zimmerer“. Diese machte sie druckfertig, ließ sie absetzen und den andern beiden Publikationsorganen Wirtensabzüge zugehen. So war die Berichterstattung einheitlich und zeitlich gleichmäßig. Genug, die Berichterstattung war gut; Fraktionen waren ausgeschlossen.

Anfänglich ging es auch mit Heinrich Meyers Nachfolger. Der letzte Bericht, welcher auf diesem Wege publiziert ist, erschien in Nr. 43 des „Zimmerer“. Dann ging uns ein Manuskript über eine Versammlung vom 30. Oktober zu, das ohne vollständige Umarbeitung und umfangreichere Streichungen nicht druckreif gemacht werden konnte. Es wurde dem Zahlstellenvorstand zur Stellungnahme übergeben. Dieser sandte es an das „Hamburger Echo“; dort wurde die notwendige Redaktion vorgenommen. In der abgeänderten Form wurde uns der Bericht vom Zahlstellenvorstand überbracht und in Nr. 47 des „Zimmerer“ veröffentlicht. In diesem Bericht wird unter anderm ausgeführt:

Zum Schluß wurde von den Kameraden Timpe, Stenzel, Schulz, Blankenbush und Koppkeß Protest erhoben gegen die Kürzung des Beschlusses von der letzten Zahlstellensammlung. Gleichfalls kritisierten sie die unberichtigte Kürzung im „Zimmerer“.

Wir haben schon in einer Anmerkung zu jenem Bericht ausgeführt, daß uns eine „unberichtigte Kürzung“ im „Zimmerer“ nicht bekannt sei und daß wir trotz Nachfragen bei Zahlstellenvorstandsmitgliedern nicht erfahren konnten,

was damit gemeint sein soll. Eine Aufklärung ist uns auch nachträglich nicht zugegangen.

Mittwoch, den 9. Dezember, als Nr. 50 des „Zimmerer“ expediert wurde, sandte der Zahlstellenschriftführer Manuskript zu einem Bericht über eine Versammlung am 4. Dezember. Es wurde dem Zahlstellenvorstand zur Stellungnahme und eventuellen anderweitigen Verfügung übergeben. Der Zahlstellenvorstand übermachte das Manuskript der Redaktion des „Hamburger Echo“. Diese publizierte den Bericht Sonnabend, den 12. Dezember. Für die Uebernahme dieses Berichtes in den „Zimmerer“, konnten wir die Verantwortung nicht übernehmen. Der Zahlstellenvorstand brachte uns das Manuskript Dienstag, den 15. Dezember, als Nr. 51 des „Zimmerer“ bereits fertig war, zurück, so daß der Zentralvorstand erst später Stellung nehmen konnte. Aus Gründen, die mit dieser Angelegenheit nur in mittelbarem Zusammenhange stehen, hat der Zentralvorstand beschloßen, besagten Bericht in Nr. 1 des „Zimmerer“ vom nächsten Jahre abdrucken. In diesem Bericht nun lautet ein Satz:

Ein weiterer Antrag... da der Zentralvorstand den Bericht (den Beschuß bezüglich der Arbeitslosenunterstützung, Kürzung usw.) von der im Oktober stattgefundenen Versammlung gekürzt hat, mit einer Beschwerde an die Pressekommmission heranzutreten, wurde angenommen.

Es ist gewiß niemand erwünschter als der Redaktion des „Zimmerer“, wenn diese Beschwerde an zuständiger Stelle eingebracht wird mit dem Beweismaterial, wonach am Bericht vom 12. Oktober eine „unberichtigte Kürzung“ vorgenommen, oder richtiger, daß der materielle Inhalt des Manuskriptes des Zahlstellenschriftführers im „Zimmerer“ gefälscht wiedergegeben ist — denn diese Auffassung erweckt die vorstehend gekennzeichnete Berichterstattung. Die niederträchtige Legende müßte sich sofort auflären. Vom Zahlstellenbureau bis zum Zentralbureau des Verbandes sind nur zwei Treppen zu steigen, und wer sich dieser Mühe nicht unterziehen will, kann sich mit dem Fahrstuhl befördern lassen. Allein am 4. Dezember ist obiger Beschuß gefaßt, bis zur Zeit, wo diese Zeilen in Druck gehen (21. Dezember), ist uns nicht bekannt geworden, ob eine Beschwerde eingebracht worden ist. Ob indes Nachlässigkeit oder die Absicht, keine Beschwerde zu führen, vorliegt, müssen wir dahingestellt sein lassen. Bedauerlich bleibt die Unterlassung auf jeden Fall. Aber dieses überaus traurige Vorommnis macht es dringend notwendig, auf die Generalversammlungsbeschlüsse unseres Zentralverbandes zu verweisen, welche das Zusammenwirken zwischen Berichterstattenden und Redaktion des „Zimmerer“ regeln. Sie lauten:

Zur Aufnahme in den „Zimmerer“ gelangen nur solche Manuskripte, die nicht gegen die Interessen des Gesamtverbandes verstoßen. Persönliche Epithetigkeiten werden aus den Manuskripten ausgemerzt und persönliche Polemiken abgelehnt.

Beschwerden gegen leitende Personen oder Institutionen des Verbandes gehören nicht in das Verbandsorgan, sondern vor die dazu bestimmten Beschwerdeinstanzen des Verbandes.

Die Schreibweise und der Ton der Manuskripte sind den diesbezüglichen Gepflogenheiten des Verbandsorgans anzupassen.

Dem Ersuchen der Redaktion, die eingeleiteten Manuskripte, besonders Versammlungsberichte, zu ergänzen, ist von den Verfassern Folge zu geben.

Ob und in welchem Umfange die eingehenden Manuskripte, besonders Versammlungsberichte, zum Abdruck kommen, hängt neben den Anforderungen, welche vorstehende Grundsätze daran stellen, noch davon ab, wieviel Raum im „Zimmerer“ vorhanden ist und in welchem Maße das Interesse des Verbandes darin vertreten wird.

Für die Redaktion sind diese Bestimmungen maßgebend. Die Generalversammlungsbeschlüsse müssen nach § 20 des Verbandsstatuts aber auch von allen Gliedern des Verbandes ausgeführt werden. Diese Bestimmung gilt also auch für den Zahlstellenvorstand und den Zahlstellenschriftführer in Hamburg. Wir können nur wünschen, daß sie befolgt wird.

Die Redaktion.

Dresden. Unsere Zahlstellenversammlung tagte am 6. Dezember im Volkshause. Die Tagesordnung war folgende:

1. Stellungnahme zum Antrage des Vorstandes, betreffend den Ausfall der Vorstandswahl für 1915. 2. Abrechnung vom dritten Quartal. 3. Beschlufassung über: a) eine Weihnachtunterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer; b) lokale Beihilfe zur Unterstützung der Arbeitslosen. 4. Allgemeines. Der Vorsitzende Dehmichen gedachte in seiner Eröffnungsansprache mit warmen Worten der durch den Tod abgerufenen Mitglieder. Diesmal sei ihre Zahl besonders groß. Sieben Mitglieder starben seit der letzten Zahlstellenversammlung und 26 sind seit Kriegsbeginn im Felde gefallen. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Hierauf verlas der Vorsitzende ein Schreiben aus Feindesland, das einen erfreulichen Beweis dafür bietet, daß unsere eingezogenen Mitglieder ihre Organisation in den schwierigsten Verhältnissen nicht vergessen. In dem Schreiben wünschten die Kameraden, daß unsere Beratungen zum Wohle der gesamten Organisation sowie der Zahlstelle reichen mögen, und sie rufen uns zu, festzuhalten an der Organisation; denn auch nach dem großen Ringen der Völker werde es unsere Aufgabe sein müssen, den großen und edlen Zielen der Arbeiterklasse zuzustreben. Kräftiger als bisher müßten wir das Wort von Karl Marx in die Welt hinausrufen: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“. Hiernach wurde in die Beratung des ersten Punktes eingetreten. Kamerad Dehmichen begründete den Antrag des Vorstandes. Die Versammlung beschloß sodann einstimmig den Ausfall der Wahl für 1915 und die Ergänzung des unbesoldeten Vorstandes. Die hierzu vorgenommenen Wahl von drei unbesoldeten Vorstandsmitgliedern ergab folgendes Resultat: Von 60 abgegebenen Stimmen erhielten Kamerad Barth, erster Bezirk, 42, Kamerad Bräuer, erster Bezirk, 41, und Kamerad Graupner, vierter Bezirk, 45 Stimmen. Nach Erledigung der Wahl gab der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal bekannt. Einer Gesamteinnahme von M. 190 548,97, stehen an Ausgaben M. 37 904,17 gegenüber, sodas ein Lokalbestand von M. 152 644,80 verbleibt. Der Kassenabschuß sei ein erfreulicher, doch müße betont werden,

daß ein großer Teil der Gelder in Instituten der Arbeiterbewegung angelegt, also nicht ohne weiteres zu haben sei. Bei nachfolgender Beratung der Anträge sollte das mit Beherrzt werden. In Familienunterstützung an die Frauen der Kriegsteilnehmer wurden M. 5883 gezahlt. Es folgte nun die Beratung des dritten Punktes der Tagesordnung. Vom Vorstande lag folgender Antrag vor: „Die Zahlstellenversammlung wolle beschließen, den Frauen der Kriegsteilnehmer für Monat Dezember eine einmalige Unterstützung auch aus der Lokalkasse zu gewähren, und zwar in gleicher Höhe, wie sie nun zum zweiten Male aus der Zentralkasse gewährt wird. Außerdem soll jedes Kind eine Mark erhalten. Die von der Zentralkasse noch nicht bezugsberechtigten sollen, sofern mindestens 26 Beiträge in unserer Zahlstelle geleistet sind, M. 6 und pro Kind M. 1 erhalten.“ Kamerad Dehmichen begründete den Antrag, der ja bereits den Bezirken vorgelegen habe. Durch den Beschuß des Zentralvorstandes, zu Weihnachten an die Familien wieder eine Unterstützung zu zahlen, sei die Frage aufgeworfen worden, die lokale Unterstützung an einem späteren Termine auszuführen. Der Vorstand empfehle aber, beide Unterstützungen gleichzeitig auszuführen. Nach kurzer Diskussion wurde der Vorstandsantrag unter Ablehnung der dazu gestellten Anträge einstimmig angenommen. Der Vorsitzende behandelte dann den weiteren Antrag des Vorstandes zur Unterstützung der Arbeitslosen, der wie folgt lautet: „In Anbetracht der durch den Krieg verursachten und in steigendem Maße zu erwartenden Arbeitslosigkeit hält der Vorstand auch eine lokale Arbeitslosenunterstützung für notwendig. Da die Arbeitslosigkeit voraussichtlich eine langandauernde sein wird, hält der Vorstand eine einmalige Notstandsunterstützung nicht für angebracht, sondern empfiehlt die Unterstützung der Arbeitslosen nach folgenden Grundfahen: Die lokale Arbeitslosenunterstützung wird für die Dauer des Krieges gezahlt, und zwar im Anschluß oder nach der zentralen Ausgesteuertenunterstützung. Vor dieser kann die lokale Unterstützung nicht bezogen werden. Sie beträgt in der ersten Unterstützungsklasse M. 2,50, in der zweiten M. 2,75 und in der dritten M. 3 pro Woche und wird auf die Dauer von fünf Wochen gewährt. Mitglieder, die für die zentrale Arbeitslosenunterstützung noch nicht bezugsberechtigt sind, aber mindestens 26 Beiträge in unserer Zahlstelle geleistet haben, erhalten den untersten Satz. Wer die lokale Unterstützung beziehen will, hat sich, wie bei der zentralen Ausgesteuertenunterstützung, wöchentlich zweimal zur Kontrolle zu melden, und zwar Montags und Donnerstags. Diejenigen Mitglieder, die trotz Arbeitslosigkeit im Zimmererberufe in besonders günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen leben und sich in einer wirklichen Notlage nicht befinden, werden ersucht, es für ihre Ehrenpflicht zu erachten, die lokale Unterstützung nicht in Anspruch zu nehmen, da diese nur als Notstandsunterstützung zu verstehen ist und voraussichtlich große Summen aufgewendet werden müssen.“ In der Diskussion wurde vom Kameraden Fischer hervorgehoben, daß der Antrag die Frage nicht gerade günstig löse, besser wäre es gewesen, die zentrale Ausgesteuertenunterstützung durch einen Zuschlag aus der Lokalkasse zu erhöhen. Die Umstände ließen aber keine andere Regelung der Frage zu. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Im Punkt „Allgemeines“ machte der Vorsitzende noch einige Mitteilungen über die Arbeitszentrale im Baugewerbe. Es würden an die Funktionäre Fragebogen versandt, die sie recht gewissenhaft ausfüllen sollten. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten erfolgte Schluß der maßig besuchten Versammlung. Nicht vertreten waren folgende Bezirke: 13, 18, 20, 25, 32, 33, 34, 37, 41, 42 und 43.

Glogau. Am 13. Dezember fand bei Schreyer unsere Mitgliederversammlung statt, die vom ersten Kassierer eröffnet wurde, da bis jetzt fast sämtliche Vorstandsmitglieder zum Militär einberufen sind. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des gefallenen Kameraden Franz Wanzel in üblicher Weise. Der Kassierer erstattete Bericht über die Eingänge. Den Frauen der bereits zum Militär eingezogenen Mitglieder und derjenigen, die noch bis 31. Dezember eingezogen werden, ist eine nochmalige Unterstützung in der Höhe wie die erste vom Hauptvorstand bewilligt. Die Unterstützung der ausgesteuerten Mitglieder ist von vier Wochen auf acht Wochen verlängert. Diese Maßnahmen wurden von der Versammlung für gut befunden. Im zweiten Punkt, Antrag des Kameraden Grandje, Beschlufassung über eine Unterstützung aus der Lokalkasse an die Angehörigen der im Felde stehenden Mitglieder zu Weihnachten, wurden einstimmig M. 400 bewilligt. Der dritte Punkt betraf den Winterbeitrag. Nachdem der Kassierer die Sache klargelegt hatte, sprachen sich auch die Mitglieder für die Beibehaltung des im vorigen Jahre gezahlten Beitragess von 20 % aus. Im vierten Punkt wurde der Beschuß von der November-Versammlung, das Krankengeld für die gefallenen Mitglieder betreffend, aufgehoben. Vom Kassierer wurde noch darauf hingewiesen, daß mit dem 19. Dezember das vierte Quartal abschließt; jeder solle dafür sorgen, daß die Beiträge bis dahin entrichtet seien.

Gröfzhrsdorf. Die letzte Mitgliederversammlung fand am 29. November statt, ihr war eine Vorstandssitzung vorausgegangen. Der Vorstand machte der Versammlung den Vorschlag, die Arbeitslosenunterstützung nicht mehr in den Meldestellen auszuführen, sondern nur noch bei dem Kassierer. Da aber die Versammlung schwach besetzt war, wurde dieser Punkt zur nächsten Versammlung vertagt, um nicht den älteren Kameraden auf diese Weise den Bezug der Unterstützung zu erschweren, da die Zahlstelle doch einen recht weiten Umfang hat. In unserer Zahlstelle befinden sich zurzeit 106 Kameraden, wovon acht Arbeitslosenunterstützung beziehen. Es wurde bekanntgegeben, daß 81 Weihnachtsgeschenke an die zum Militär einberufenen Kameraden versandt worden sind; jedem Paket waren die letzte Nummer des „Zimmerer“ sowie zwei Feldpostkarten beigelegt. Unter den 81 befinden sich auch die Kameraden, die im aktiven Dienst stehen, aber bis zu ihrer Einberufung Mitglied der Zahlstelle waren. Der Vorsitzende forderte die Unterassierer auf, soviel wie möglich ohne Restwochen bis spätestens den 20. Dezember bei dem Kassierer abzurechnen, da am 21. Dezember die Abrechnung mit der Hauptkasse erfolgen soll. Die Wahl der Kartelldelegierten wurde auf die nächste Versammlung vertagt. Die Versammlung war von nur 20 Kameraden besucht, was auf das schlechte Wetter zurückzuführen ist. Die nächste Mitgliederversammlung, die als Hauptversammlung gelten soll, findet am 3. Januar 1915 in Vollung statt.

München. Am 9. Dezember fand im Gewerkschaftshaus eine verhältnismäßig gut besuchte Versammlung statt, die eine reichhaltige Tagesordnung in größter Ruhe erledigte. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der bis jetzt bekanntgewordenen gefallenen Kameraden, zu deren ehrendem Andenken sich die Versammlung von den Sätzen erhob. Sodann ergriff Kamerad Kernen das Wort zu seinem Vortrag: „Der Krieg und die Gewerkschaften“. Dabei verwies er auf die bei Ausbruch des Krieges aufgetretene Nervosität, von der auch die Gewerkschaften nicht verschont geblieben seien. Vereinzelt wurde sogar geglaubt, das Ende der Gewerkschaften sei gekommen. Die Kriegsverwaltung gab bei Beginn des Krieges den Gewerkschaften die Zusage, daß nichts gegen sie unternommen würde, wenn sie nicht die Einigkeit des Volkes störten, und dazu lag nach Ansicht des Redners wie auch der Versammlung unsererseits nicht die geringste Veranlassung vor. Ohne Bedeutung für die Gewerkschaften blieb auch nicht der Ausspruch des Deutschen Kaisers: „Ich kenne keine Parteien mehr, nur mehr Deutsche.“ Daß dieser Ausspruch keine Wirkung auch auf weitere Kreise nicht versagte, beweist ein Artikel in der „Sozialen Praxis“, worin davon gesprochen wird, daß der Geist sozialer Einsicht mehr als bisher durchdringe. Redner verwies nunmehr auf die in den Großstädten, so auch in München, ins Leben gerufenen Arbeitsgemeinschaften, die schon ganz schöne Erfolge aufzuweisen hätten. Den Ausführungen des Redners ist weiter zu entnehmen, daß die Arbeitslosigkeit in unserm Berufe bis jetzt in München noch keine große sei, daß sie aber, wenn die Privatbautätigkeit nach Beendigung der Kriegsbauten nicht baldigt einsetze, eine äußerst große werden würde. Zur Frage der Generalversammlung bemerkte Redner, daß, um die im Felde stehenden Kameraden nicht ihres Wahlrechts zu berauben, von einer Ausschreibung vorläufig Abstand genommen werde. Zusammenfassend schloß Redner mit der Aufforderung, treu zum Verband zu stehen, um den im Felde stehenden Kameraden mit ruhigem Gewissen entgegenzutreten zu können, wenn sie von dort zurückkehren. (Beifall.) Dem vom Kameraden Englbrecht erstatteten Kassenbericht vom dritten Quartal ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl auf circa 700 zurückgegangen ist, während die Lokalkasse in Anbetracht der großen Opfer, die gebracht werden mußten, noch sehr gut fundiert ist. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit des Berichts. Ferner übermittelte der Geschäftsleiter der Versammlung die besten Grüße vieler aus Feindeshoden stehender Kameraden, was von der Versammlung mit Beifall aufgenommen wurde. Der Antrag: „Sind denjenigen Kameraden, die nicht zur Kontrolle gingen und auf die Geldunterstützung verzichteten, die Freimarken nachzulassen“, wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt. Die Arbeitszeit für das Verbandsbureau an Weihnachten und Neujahr wurde in der Form geregelt, daß an beiden Vorabenden bis 2 Uhr unter beständiger Offenhaltung der Büreauräume durchgearbeitet wird. Ebenso unterbleibt an den Feiertagen die Einkassierung der Beiträge. Der Geschäftsleiter verwies nunmehr noch auf die magistratische Arbeitslosenunterstützung und gab die nötigen Erläuterungen hierzu, worauf folgende Vorlage der Agitationsleitung mit allen gegen zwei Stimmen angenommen wurde: „Die Agitationsleitung vom 25. November hat beschlossen, der nächsten Versammlung zur Beschlußfassung folgendes zu unterbreiten: Für die zehn Winterwochen wird der Lokalbeitrag auf 50 % festgesetzt. Von diesem Beitrag ist dasjenige Mitgelt für jene Wochen befreit, in welchen es keine Invalidentkarte in seiner Invalidentkarte hat, also arbeitslos war. In diesem Falle erhält das Mitglied in die betreffende Wochenrubrik einen Stempel. Die Invalidentkarte ist deshalb dem Einkassierer vorzulegen. Da der Beschluß vom 30. September, die 50 % Extramarke betreffend, verfaßt hat, werden jenen Mitgliedern, welche solche Extramarke im vierten Quartal geklebt haben, diese auf die Winterbeiträge angerechnet.“ Erläuterung: Die Zeit, für welche Winterbeiträge zu leisten sind, beträgt zehn Wochen und läuft vom 20. Dezember bis 1. März. Hat ein Mitglied bereits zehn Extramarke zu 50 % geklebt, so gelten diese für die Winterbeiträge, und es hat bis 1. März keinen Beitrag mehr zu leisten. Hat ein Mitglied vier Extramarke geklebt und ist dieses Mitglied in der Zeit vom 20. Dezember bis 1. März immer in Arbeit, so muß es noch sechs Wintermarken dazu kleben. Ist dieses Mitglied aber in der betreffenden Zeit arbeitslos, so erhält es für die arbeitslosen Wochen an Stelle der Wintermarken einen Stempel. Hat ein Mitglied keine Extramarke geklebt, so muß es für die zehn Winterwochen, wenn es in Arbeit steht, je einen Winterbeitrag leisten. Ist es arbeitslos, so erhält es für jede arbeitslose Woche einen Stempel. Damit fand die sehr schön verlaufene Versammlung ihr Ende.

Baugewerbliches.

Schafft Arbeitsgelegenheit für das Bauhandwerk! Dieser Aufruf geht durch die bürgerliche Presse. Sie schreibt: „Es ist Pflicht aller, Pflicht der Behörden, der Organisationen und Korporationen, aber auch Pflicht der einzelnen Glieder eines Wirtschaftskörpers, daran zu arbeiten, daß die vor-handenen Kräfte mehr und mehr wieder eingesetzt werden, um das wirtschaftliche Leben wieder erstarren zu lassen. In besonderem Maße leidet das Baugewerbe unter der Krise. Mit großen finanziellen Opfern haben die Unternehmer des Baugewerbes ihre Betriebe aufrechterhalten, um die vor Ausbruch des Krieges begonnenen Arbeiten weiterzuführen; die weitere Beschäftigung der Arbeiter wird jedoch sehr in Frage gestellt, wenn es nicht gelingt, neue Bauarbeiten zur Ausführung zu erhalten. Mit großen Sorgen sieht daher das Bauhandwerk dem kommenden Winter und dem nächsten Frühjahr entgegen. Wohl weiß das Bauhandwerk, daß es vor allem die schwierigen Geldverhältnisse sind, die zur Einschränkung der Bautätigkeit geführt haben, und gilt deshalb sein Appell in erster Linie denjenigen, die in der Lage sind, dem Wirtschaftsleben neue Mittel zuzuführen. Das Bauhandwerk verspricht sich unter anderem von den Banken, daß diese durch zweckmäßige Anordnungen die Bautätigkeit fördern. Ferner wendet es sich an alle diejenigen, die Bauarbeiten zu vergeben haben. Es erhofft von dem sozialen Empfinden und der wirtschaftlichen Einsicht, daß diese Arbeitsgelegenheit schaffe. Gerade für den kommenden Winter sollte es vor allem ermöglicht werden, die anständige Arbeiterschaft ausreichend zu beschäftigen. Im Winter können unter anderem besonders Umbauten vorgenommen

werden, wobei die verschiedenen Berufsweige des Bauhandwerkes Beschäftigung finden. Ohne Zweifel sind viele solcher Arbeiten zurückgestellt worden, deren Durchführung jetzt angeordnet werden könnte im allgemeinen Interesse. Arbeit ist besser als Almosen.“

Die Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe für Südbayern hat dem bayerischen Gesamtministerium eine Denkschrift über die schwierige Lage des Baugewerbes eingereicht, darin sind die nachstehenden Forderungen aufgestellt:

1. Vor allem ist es Aufgabe der staatlichen und städtischen Behörden, die bereits begonnenen Bauarbeiten fortzuführen, sämtliche vom Landtag in der letzten Session genehmigten Bauten und Bauarbeiten unverzüglich in Angriff zu nehmen und neue Bauten bereitzustellen. Fiskalische Erwägungen und Bedenken der Unproduktivität müssen dabei zurückgestellt werden.
2. Staat und Gemeinden sollen keine Regierarbeiten ausführen und insbesondere auch Arbeiten nicht nach auswärts, besonders nicht an außerbayerische Firmen, selbst bei niedrigeren Preisen, vergeben. Sollten außerbayerische Firmen infolge besonders günstiger Produktionsverhältnisse ganz außergewöhnlich niedrige Angebote machen, so sollten Aufträge an solche außerbayerische Firmen nur ganz ausnahmsweise und nur durch Vermittlung von in Bayern ansässigen Unternehmern ausgeführt werden dürfen.
3. Um den finanziell schwachen und bedrängten selbständigen Baugewerbetreibenden Betriebsmittel zuzuführen, sollen alle geleiteten Arbeiten und Lieferungen möglichst sofort bezahlbar werden.
4. Die Ministerien sollen auf die von ihnen beauftragten Selbstverwaltungskörper einwirken, damit diese auch ihrerseits Mittel für Bauarbeiten bereitstellen.
5. Ganz besonders sollte es sich der Staat angelegen sein lassen, zur Wiederbelebung der Privatbautätigkeit beizutragen. Am großzügigsten könnte das durch Gründung einer staatlichen Kriegskreditbank geschehen, aus der baufähigen, kreditwürdigen Privaten Gelder zu mäßigem Zinsfuß gewährt würden. So könnten die ungeheuren Reserven der Landesversicherungs-, der Landesrenten-, der Landeshagelversicherungs-, der Brandversicherungsanstalt, der Sparkassen und Stiftungen und ähnlicher Institute dem Hypothekenmarkt zugute kommen. Die Form müßte jedoch derart gewählt sein, daß durch Hingabe von möglichst billigen Hypotheken ohne weitere Abzüge für den Bauinteressenten ein Anreiz besteht, trotz der Kriegslage Bauausführungen vorzunehmen. Wenn diese Anstalten für Privatbauten während des Krieges billige Hypothekengelder zur Verfügung stellen, wie sie bisher schon den gemeinnützigen Baugenossenschaften gewährt wurden, so würden zweifellos große Summen eingespart werden können, die den unverschuldet in Not Geratenen im Laufe des Krieges von den Behörden in Form von Unterstützungen zugewendet werden müssen.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in München hat diese Denkschrift durch die nachstehende Resolution unterstützt:

„Die Baugewerbetreibenden betrachten es als nationale Pflicht, die ihnen durch den Krieg auferlegten Opfer freudig zu tragen und insbesondere die wirtschaftlich Schwachen in dieser schweren Zeit durchzuhalten. Das bayerische Baugewerbe, das schon seit einer Reihe von Jahren daniederliegt und wohl am schwersten durch den Krieg zu leiden hat, ist in seiner Fürsorge für die Arbeiterschaft an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt. Die mittleren und kleineren Geschäfte, namentlich auch die Bau-Neubauwerke, sind größtenteils ohne jegliche Arbeit und drohen im Kampf um ihre Existenz zu unterliegen. Die ungünstige Lage des bayerischen Baugewerbes, neben der Landwirtschaft wohl der wichtigste Erwerbszweig in Bayern, das — wenn selbst beschäftigt — viele Hunderttausende von Arbeitern und Geschäftsleuten ernährt, erfordert ein rasches und tatkräftiges Eingreifen des Staates. Das Baugewerbe erwartet deshalb, daß der bayerische Staat selbst reichliche Arbeitsgelegenheit schafft und in großzügiger Weise durch Bereitstellung von Mitteln zur Wiederbelebung der vollständig stehenden Privat-Bautätigkeit beiträgt.“

Kriegsarbeitsgemeinschaft im sächsischen Baugewerbe. Um die Arbeiten des von Unternehmern und Arbeitern des Baugewerbes gebildeten Reichsausschusses zur Regelung der Arbeitsgelegenheit wirksamer zu machen, sollen Bezirks- und Ortsausschüsse in allen Landesteilen Deutschlands gebildet werden. In Dresden ist ein Landesauschuss für Sachsen gegründet und weiter beschlossen worden, nicht für jeden kleinen Ort, sondern für die Gebiete der Kreishauptmannschaften Unterausschüsse zu bilden.

Die Aufgaben des Landesauschusses sollen sein:

1. zunächst festzustellen, welche Arbeiten die Landesregierung schon beschlossen hat, in Angriff zu nehmen;
2. festzustellen, welche Arbeiten in Sachsen in Angriff genommen werden könnten. Hierzu ist die Mitarbeit der Kreisausschüsse und örtlichen Organisationen notwendig;
3. bei den Baubehörden der Regierung und bei dieser selbst vorstellig zu werden, die für notwendig gehaltenen Arbeiten in Angriff zu nehmen;
4. den Kreisausschüssen, wenn notwendig, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen;
5. die Öffentlichkeit auf die vorhandene Notlage aufmerksam zu machen und für Beseitigung der Not einzutreten.

Die Aufgaben der Kreisausschüsse sollen sein:

1. in dem Bereich der Kreishauptmannschaft sich mit den örtlichen Organisationen der Unternehmer und Arbeiter in Verbindung zu setzen;
2. festzustellen, welche Bauten, gleich ob Staats-, Kommunal- oder Bauten von Vereinen oder Privaten, oder Bauten der Amtshauptmannschaften in Angriff genommen werden könnten;
3. die ermittelten Staatsbauten der Landeskommission mitzuteilen. Wegen der übrigen Bauten sind sie an die in Betracht kommenden Körperschaften zu wenden und sie zu veranlassen, die Bauten zu beginnen;
4. dahin zu wirken, daß die Gemeinden bei Vergabe der Arbeiten die Bedingung stellen, daß die tariflichen Löhne gezahlt, überhaupt die Tarife eingehalten werden.

Wo Tarife nicht bestehen, muß festgestellt werden, welche Arbeitsbedingungen vor dem Kriege sich eingebürgert hatten. Auch während des Krieges müssen diese Arbeitsbedingungen eingehalten werden;

5. wenn trotz aller Bemühungen nicht genügend Arbeit beschafft werden kann, sollen Unternehmer und Arbeiter übereinkommen, die Arbeitszeit zu verkürzen oder gar in Halbtagsschichten zu arbeiten, damit alle oder möglichst alle Beschäftigung finden. Nach dieser Richtung kann auch bei den Behörden eingewirkt werden; denn dieser Weg ist geeigneter, als wenn man den Wenigen, denen man Arbeit verschaffen kann, den Lohn herabsetzt und den Arbeitslosen doch nicht hilft. Die Herabsetzung der Löhne muß naturgemäß Mäßigung erzeugen, andererseits ist dem Ganzen nicht gedient, weil die Kaufkraft sich vermindert.

6. Um die Nachweise für Bestehen, Vermehrung oder Verminderung der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Gewerben zu haben, haben sich die Gewerkschaften erboten, die Zahl der ihnen angehörenden Arbeitslosen monatlich zur Verfügung zu stellen. Wegen der Feststellung der Arbeitslosen, die nicht organisiert sind, sollen die Arbeitsnachweise der Unternehmer und die städtischen Nachweise helfen. Wenn auch das versagt, muß die Zahl der Arbeitslosen schätzungsweise ermittelt werden.

Ueber die Entstehung der Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe bringt ein Exposé im „Vorwärts“ vom 11. Dezember 1914 über „Die Holzarbeiter und der Krieg“ diese Aufschlüsse: „Die Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe, die jetzt eine sehr nützliche Tätigkeit für die Beschaffung von Arbeitsaufträgen entfaltet, verdankt ihr Entstehen dem Vorlande des Holzarbeiterverbandes. Auf dessen Anregung fanden sich die Vertreter der Gewerkschaften der Bauberufe zu einer Besprechung des Planes zusammen, der dann auch akzeptiert wurde. Bei der Durchführung wurde natürlich der Bauarbeiterverband beauftragt, die Sache in die Hand zu nehmen. Die Funktionäre des Holzarbeiterverbandes leisten aber in der Arbeitsgemeinschaft recht wertvolle Arbeit, die den eigenen Berufsangehörigen sehr zugute kommt.“

Die Privatbautätigkeit ist trotz der Arbeitsgemeinschaft, die, wie wir nun wissen, der Vorstand des Holzarbeiterverbandes angeregt und mitgeschaffen hat, noch immer sehr flau. Wie die Bauauskunftstelle Groß-Berlin mitteilt, sind ihr in der Woche vom 20. bis 26. November drei Baugenehmigungsgesuche von den Baupolizeibehörden übermittelt worden. In den Vorwochen, also vom 13. bis 19. November, 6. bis 12. November und 29. Oktober bis 5. November, betrug die übermittelten Baugenehmigungsgesuche 7, 3, 1. Davon betreffen 1 (5, 3, 0) einen Neubau und 2 (2, 1, 2) Umbauten.

In München wurde im Oktober auf insgesamt 233 Baustellen (gegen 322 im Jahre 1913, 460 im Jahre 1912 und 778 im Jahre 1911) an den von der Lokalkommission genehmigten Neu-, Auf-, An- und Umbauten gearbeitet.

Auf dem Düsseldorf Baumarkt hält die Stille an. In der Zeit vom 16. bis zum 21. November wurde lediglich ein Baugesuch genehmigt. Weiter ist nichts zu melden. Hoffentlich gelingt es der Arbeitsgemeinschaft, für die Zukunft den privaten Baumarkt zu beleben.

Der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände hielt in Berlin eine Tagung ab, in der lebhaftige Klagen über die Beschäftigung von Kriegsgefangenen, namentlich im Baugewerbe, geführt wurden. Für den Bahnbau Hannover-Gelle wurden bei der Ausschreibung der Arbeiten sogar zwei Offertformulare beigelegt: eines für Beschäftigung von freien Arbeitern und eines für Beschäftigung von Kriegsgefangenen. Die Kosten dieser Arbeitsausführung waren bei Verwendung von freien Arbeitern auf über M. 500 000, bei Verwendung von Kriegsgefangenen auf M. 200 000 veranschlagt. Reichstagsabgeordneter Silberstein, Hauptvorstandsmitglied des Bauarbeiterverbandes, der der Tagung beizuhöhen, wird ebenso wie der Reichsbund diese Angelegenheit im preussischen Kriegsministerium zur Sprache bringen. Die Versammlung beschloß ferner, an alle Städte Eingaben zu richten, keine Regierarbeiten vorzunehmen, sondern die Ausführung dieser Arbeiten den selbständigen Handwerksmeistern zu übertragen; in erster Linie handelt es sich hierbei um die Installateure, denen die städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke empfindliche Konkurrenz machen. Weiter wurde noch beschlossen, in einer Denkschrift die Hypothekenbanken, Landesversicherungsanstalten usw. um Hergabe von Hypotheken zu erfuchen.

Ueber die Vergabe von Zimmerarbeiten an Generalunternehmer beklagt sich der Innungsausschuss in Düsseldorf. Die Stadtverordneten haben in ihrer Sitzung vom 3. November d. J. den Beschluß gefaßt, eine Barackenanlage bei den städtischen Krankenanstalten zu errichten; für die Anlage, die als Fachwerkbau ausgeführt werden soll, wurden M. 200 000 bewilligt. Der Vorstand der Zimmererinnung hat sich am 5. November erboten, die Arbeiten zu übernehmen und durch die Mitglieder ausführen zu lassen. Der Antrag ist aber zu spät gekommen; die Arbeit war schon an einen Großunternehmer vergeben.

Ueber die staatliche Bautätigkeit in Württemberg teilt das Kriegsministerium mit: Die mit Ausbruch des Krieges unterbrochenen militärischen Bauten sind nach wenigen Wochen im ganzen Umfang wieder aufgenommen worden und werden den Winter über weitergeführt werden. Die für das laufende Etatsjahr veranschlagten Baukosten im Betrag von 10 Millionen entfallen auf sämtliche Standorte Württembergs — die bisherigen wie die neu in Aussicht genommenen — und machen es möglich, dem daniederliegenden Baugewerbe kräftig unter die Arme zu greifen.

Versammlungsanzeiger.

(Zahlstellen, die ihre Versammlungen für das Jahr 1915 im Versammlungsanzeiger bekanntgeben wünschen, müssen davon umgehend Mitteilung machen. Die Redaktion.)

Sonntag, den 3. Januar:

Esgeberg: Nachm. 4 Uhr im Hotel „International“. — Solingen: Vorm. 10 Uhr bei Wwe. Kirschner, Hochstr. 27.



Aus dem Felde.

Ein langjähriger Verbandskamerad, der im Alter von 41 Jahren als Landsturm-Pionier mit ins Feld ziehen mußte, hat uns seine Eindrücke und Erlebnisse niedergeschrieben. Seine Schilderung ist einfach und schlicht gehalten, frei von jeglichem Beiwerk; sie wird dadurch besonders lesenswert. Hier ist sie:

Meine Einberufung erfolgte am 16. August dieses Jahres nach dem Bezirkskommando Lüneburg. Von dort ging's am folgenden Tage nach provisorischer Untersuchung nach Minden i. W., dem Standort des Pionier-Bataillons Nr. 10. Am 18. August erfolgte die ärztliche Untersuchung, die den Zweck hatte, die eingetroffenen Mannschaften in Felddienstfähige, Garnisondienstfähige und Militärdienstuntaugliche zu scheiden. Nach der Einteilung zweier Landsturmkompanien wurde der Rest einer noch zu bildenden Ersatzkompanie zugeteilt.

Im Laufe der folgenden 14 Tage wurde fleißig Pionierdienst geübt, damit alle Mann mit den seit langen Jahren nicht mehr verrichteten Arbeiten wieder vertraut wurden.

Am 1. September, nachmittags, erging der Befehl, die Kompanien für den folgenden Tag marschbereit zu halten, was eine Arbeitsleistung nebst Appell bis abends 10 1/2 Uhr erforderte; denn die meisten Sachen wurden erst am Nachmittage empfangen. Am 2. September, vormittags 10 Uhr, wurden die Kompanien dem Oberstleutnant als marschfähig gemeldet, und hielt dieser eine kurze Ansprache, die darin ausklang, daß die Landstürmer als Sieger mit den andern Truppen zurückkehren möchten. 10 1/2 Uhr ging es unter den Klängen einer provisorisch zusammengestellten Kapelle, von Anwohnern mit Blumen geschmückt, zum Bahnhof. Die Verladung ging flott vonstatten, so daß der Zug bald den Bahnhof verlassen konnte. Am 3. September, morgens 3 Uhr, kamen wir in Nachen an. Während der Fahrt war die Verpflegung durch das Rote Kreuz auf allen Haltestationen auf das Beste vor sich gegangen.

So flott bisher die Fahrt vor sich ging, so fing von A. die Bummel an; denn von A. bis zur Grenzstation Herbesthal, sonst eine Viertelstunde Fahrt, dauerte 2 1/2 Stunden. Dort erhielten wir die letzte Verpflegung durch das Rote Kreuz und sahen die ersten Schrecken des Krieges. Große Transporte Verwundeter passierten diese Station.

Die Grenze stellte eine Straße dar, und konnte man auf belgischer Seite sofort die Verwüstung wahrnehmen. Die Weiterfahrt erfolgte nun immer nur auf telephonischen Abruf der vorliegenden Station; denn die ganze Strecke war mit Militärzügen besetzt. Vom Zuge aus sahen wir die zerstörten Häuser ganzer Ortschaften. An fast allen dieses Gelände durchquerenden Tunnels waren Sprengwerke vorgenommen; zum Teil war der Schaden bereits wieder repariert.

Die Zerstörung in der Richtung Lüttich war überall die gleiche, ebenfalls durch das Mastal nach Namur. Das Tal entlang sah man noch verschiedene Brücken gesprengt in den Fluten liegen. Da sind Werke in wenigen Augenblicken vernichtet, die langer Zeit emsiger und mühseliger Arbeit bedurft haben.

Den 4. September, morgens 8 Uhr 15 Minuten, Ankunft in Namur. Im Laufe des Tages hatten wir Gelegenheit, zusammengeschossene Häusernäher zu sehen, darunter verschiedene wertvolle Gebäude, einschließlich des Rathauses. Alles ein Schutthausen.

Abends 6 Uhr marschierten wir ab nach den uns zugewiesenen Forts von Namur, welche etwa 10 bis 12 km entfernt liegen. Das Fort Marchevotte, eines der stärksten, wurde von unserer Kompanie besetzt. Dort hatten wir Gelegenheit, die Wirkung unserer schweren Artillerie- und Kruppischen 42-cm-Geschosse in Augenschein zu nehmen. Diese Wirkung eingehend zu schildern, würde zu weit führen. Es mag nur erwähnt werden, daß etwa 2 m starke Betonwände und Gewölbe, letztere mit circa 5 bis 6 m Erdbedeckung, direkt zusammengedrückt wurden. Der große Panzerurm mit 40 bis 50 cm starkem Stahlpanzertranz war zum spitzen Winkel zusammengedrückt. Aus einem Seitengang, 1,50 m breit, im Halbkreisbogen überwölbt, in vorerwähntem Material, gleicher Stärke und Erdbedeckung, war aus dem Scheitel ein Stück in Kegelform herausgedrückt bis zur äußeren Scheitelwand. Welche Gewalt dazu gehört, läßt sich leicht ermessen. Einem Schloß, nahe vorgenanntem Fort gelegen und von den Belgiern als Seitenstellung benutzt, war übel mitgespielt worden, so daß an eine Renovierung wohl kaum zu denken sein wird. Die Eindrücke, welche wir hier gewannen, wurden auf unserer Fahrt am 26. September von Namur bis Brüssel nur noch ergänzt. Brüssel war, weil Uebergabe erfolgt, nicht beschoffen. Wir blieben bis 29. September in Bahnmagons auf Bahnhof Dr.-Schayvel. An diesem Tage, um 8,10 Uhr morgens, fuhren wir sodann weiter nach Löwen. Die an der Strecke gelegenen Orte zeigten die Spuren des Krieges in sehr deutlicher Weise. Das gleiche gilt von Löwen. Wir hatten leider nur Gelegenheit, die dortigen Verwüstungen von der Bahn aus zu sehen. Bei einer Brückenüberfahrt in Wilzele stieß unser Zug einen Mann der Orts- und Bahnhofswehr gegen die Brückenmauer. Der Unfall ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Abmessung vom Weis bis zur Mauer usw. sehr beanagt ist, was an vielen andern Stellen ebenfalls zu sehen war. Ein Mann, der unglücklicherweise an so einer Stelle vom Zug überrascht wird, ist fast immer der Gefahr des Erbrückens ausgesetzt.

Von Löwen führte uns die Bahn nach Aerschot; wir mußten aber etwa 4 km vorher den Zug verlassen, da die Bahnstrecke nach dort an verschiedenen Stellen nicht passierbar war. Nach Zurücklegung dieses kleinen Marsches kamen wir nach Aerschot. Dort bot sich uns ein Bild, das grauen-erweckend war. Die ganze Stadt, mit sehr wenigen Ausnahmen, war sozusagen ein Trümmerhaufen oder bestand aus ausgebrannten Häusern. In der ganzen Stadt kein Bewohner zu sehen. In noch heilen Häusern alles durcheinander geworfen. In dieser Nacht stand Schreiber dieses auf Posten an einer unverletzten Eisenbahnbrücke. Von dort aus war die ganze Nacht, besonders nach 12 Uhr, sehr starker Feuer-schein in Richtung Antwerpen zu beobachten. Den nächsten Tag hatten wir einen Marsch von 16 km nach Heyst auf den

Berg. Einige Kilometer vorher hörten wir starken Kanonen-donner. Die Bagagewagen standen dicht an dicht, aber in Rehr, längs des Weges. Es war das untrügliche Zeichen, daß wir nicht weit von der Feuerlinie der kämpfenden Truppen waren. Daß die Wagen in Rehr standen, hatte zur Ursache, daß sie weiter vorn durch Artilleriefeuer plötzlich bedroht wurden und die ganze Bagage nach rückwärts in Sicherheit gebracht werden mußte.

Wir marschierten durch den Ort und lagen sodann den Nachmittag an der Straße, wo immer die Kanonen unserer Artillerie über uns hinweg schossen. Etwa 300 m neben uns hörten wir Kanonenschüsse von furchtbarer Gewalt und mächtigem Getöse. Es waren die verderbenbringenden Kruppischen 42-cm-Kanonen. Diese waren von dem Feind sehr gefürchtet, wie später von den Bewohnern bestätigt wurde.

Die Nacht zum Sonntag, 4. Oktober, in einer Scheune untergebracht, hörten wir unsere Kanonen sowie die Infanterie, dazwischen auch die Maschinengewehre furchtbar schießen. Das war eine unheimliche Musik, die wohl allen den Schlaf raubte. Morgens 4 Uhr gingen wir wieder los, in die Dunkelheit hinein, die Straße des vorigen Tages entlang. Rechts abbiegend, sahen wir Häuser abgerissen, Bäume gefällt, kurzum ein nicht sehr einladendes Bild. Da sich der Weg schließlich verlor, schien unserer Führung ein Irrtum unter-lausen zu sein. Es wurde fehr gemacht, um an der Chaussee links abzubiegen. Als wir dort eine Strecke marschiert waren, kam uns eine Kompanie Pioniere entgegen, die an der ihr zugewiesenen Stelle zu stark mit Artilleriefeuer bedroht war. Wir folgten dieser Kompanie rückwärts den Weg entlang, der oben schon beschrieben, und sahen nun, als inzwischen der Tag graute, daß wir vor unserer Infanterieschützenstellung gingen. Uns Landstürmer mit blauen Kitenen sahen die Infanteristen recht verwundert an, sie kannten diese Uniform im deutschen Heere nicht und gratulierten uns, daß wir nicht in der Dunkelheit die Stelle passierten, sonst hätte es um uns gesehen sein können. Es ging weiter übers Feld und kamen wir sodann an ein Zwischendorf von Antwerpens äußerer Stellung, auf welchem die deutsche Flagge bereits wehte. Von da aus sahen wir gleichfalls Forts, die in deutschen Besitz waren. Zwischen den Forts nach rechts, etwa gut 100 m vor, stießen wir auf eine dritte Pionierkompanie, die bereits emsig bei Vorbereitungsarbeiten zu einem Brückenbau beschäftigt war. Wir mußten sofort tatkräftig eingreifen und waren alle recht emsig dabei, als gegen 10 Uhr morgens ein feindlicher Fesselballon gestrichelt wurde. Wir waren uns alle bewußt, daß wir die längste Zeit friedlich gearbeitet hatten. Keine zehn Minuten später flogen die Schrapnells in peisender Musik über uns hinweg. Der Feind hatte gewiß die Entfernung der Forts als Ziel. Das Ge-lände wurde erst nach rechts, sodann nach links, wohin wir uns in Deckung begeben hatten, mit starkem Granatfeuer überschüttet. Ein Bauernhaus wurde durch eine Granate gleich zur Hälfte in einen Schutthausen verwandelt. Nach Vermeidung des Feuers nahmen wir die Arbeit wieder auf, wurden aber sehr gehindert durch feindliche Flieger, welche über unsern Platz kreisten und sodann durch unsere Artillerie, leider erfolglos, beschoffen wurden. Wir sahen aber immer, wie die Geschosse in der Nähe der Flieger krepiereten. Wir lagen am Boden und warteten, bis diese Gefahr vorüber war. Sodann wurden die angefertigten Tonnenunterstützungen etwa 300 bis 400 m vorgetragen, näher zur Brückenstelle über die Weiße bei Tier. Abends wurde unsere Kompanie abgelöst und ersetzt durch Pioniere mit Brückentrain (Pon-tonens usw.). Das Artilleriefeuer war gegenfeitig wieder lebhaft geworden. Unsere Kompanie hatte den Abend noch einen Marsch von circa 15 km und kam 10 1/2 Uhr abends in Heist auf den Berg an, um am folgenden Morgen um 5 Uhr nach Butte zu marschieren. Dort wurden wir in die von unsern Eisenbahnern bediente Kleinbahn verladen und fuhren bis Haacht (Hächt), von dort per Staatsbahn über Löwen, Brüssel, Aische nach Obeek. Ein zweistündiger Marsch brachte uns nach Lebbeke, wo wir 10 Uhr abends ankamen und in von Anwohnern geräumten Häusern Quartier bezogen. In nächster Nähe domerten die Kanonen unserer Artillerie in Richtung Termonde. Wir hatten eine Schwentung vom süd-östlichen nach dem nordwestlichen Flügel von Antwerpen vollzogen.

Am 7. Oktober erhielt unser Halbzug den Auftrag, per requiriertem Fuhrwerk Anker von Termonde (auf flämisch Dendermonde) zu holen und nach Schönerde zu bringen. Verschiedene Orte, die wir passierten, wurden von den Bewohnern geräumt, weil sie voraussichtlich den nächsten Tag in der Gefechtslinie lagen. Es war für uns kein angenehmes Gefühl, die Leute meidend mit den allernotwendigsten Brocken von Haus und Hof ziehen zu sehen. Abends 8 Uhr erreichten wir unsern Bestimmungsort. Dort wurden bereits Arbeiten von Pionieren ausgeführt; man konnte im Nebel die Balken und Bretter tragenden grauen Pioniere nicht sehen. Es sah aus, als ob die Bölder als helle Streifen dahinzögen. Unsere blaue Uniform war dagegen in weiterer Entfernung sichtbar. Abends 11 1/2 Uhr kamen wir wieder im Quartier in Lebbeke an. Mit Hilfe der während der Nacht gebauten Brücke war es möglich, bereitgehaltene Artillerie über die Schelde zu führen, so daß es ermöglicht wurde, die in Termonde jenseits der Schelde stark verschanzten Belgier durch Seitenfeuer zu bestreihen.

Am 9. Oktober waren die Feinde vertrieben; wir brachen morgens auf, um das 5 km entfernte Termonde zu erreichen. Dort wurde mit Hilfe einer zweiten Pionierkompanie gleich-falls eine Brücke über die Schelde errichtet. Die Schwierig-keit der etwa 3 m betragenden Differenz von Ebbe und Flut mußte bei dem Bau mit in Betracht gezogen werden. Es wurde diese mittels beweglichen Sprengwerks als Ufer-strecken überwunden. Welchen strategischen Wert eine solche Brücke besitzt, konnte man ermessen, wenn man sah, welche Massen Militär in kurzer Zeit passieren konnten. Etwa 50 m unterhalb war die feste Fahr- und Eisenbahnbrücke gesprengt. Was Termonde betrifft, so war die Stadt übel zugerichtet; was wohl nicht zum geringsten Teil von den Belgiern aus der Stellung jenseits der Schelde ausgeführt wurde.

Am 20. Oktober hatten wir den Verlust eines Kameraden unserer Kompanie zu beklagen; ein Schlaganfall machte seinem Leben ein Ende. Er wurde in Feindesland zur letzten Ruhe bestattet.

Am 22. Oktober rückten wir ab und hatten einen strammen Marsch von gut 20 km nach Boom. Den folgenden Tag besetzten wir mehrere zurückliegende Forts von Antwerpen. Von diesen war das Fort Breenong am stärksten beschoffen, im Vergleich dazu das vorher beschriebene Fort M. nur sehr schwach. Die Forts Letterbeide und Lichele waren wenig und Retoude Puers gar nicht beschoffen. Wenn man die kolossalen Verteidigungsstellungen in der ganzen Forts-line anschaut, so muß man sich wundern, daß diese so leicht preisgegeben wurden. Stachelbrahthindernisse, Astverhaue, Schützengräben und Unterstände, ganze Felder mit spanischen Reitern (spitze Eisen, woron drei Schenkel auf der Erde liegen und ein Schenkel hochsteht) gespickt und ganze Dörfer und Baumbepflanzungen, zur Verbesserung der Schußlinie dem Erdboden gleichgemacht. Alle diese Arbeiten in Betracht gezogen, ist es fast nicht möglich, daß sie nur vom Militär ausgeführt sein konnte. Unsere Arbeit war, die Forts wieder in Verteidigungszustand zu bringen und mit Telephonleitung zu versehen.

Am 31. Oktober, abends 6 Uhr, erreichten wir nach einem Marsch von circa 30 km das Tor von Antwerpen. Ueber dem Wallgraben führte eine Brücke, die von der Besatzung gesprengt, aber durch unsere Pioniere wieder verkehrsfähig hergestellt war.

In Antwerpen mußte unsere Kompanie mit einer Kompanie bayerischer Landsturm-pioniere eine starke Brücke über die Schelde bauen. Zu dieser Arbeit war auch eine Anzahl Zivilhandwerker und Arbeiter zugezogen. Die Brücke erhielt Schiffe (meist ausgebrannt) als Unterstützung und waren dazu in diese starke Doppelboche eingebaut, worauf starke Balken als Streckbalken aufgedollt wurden. Die Differenz von circa 4,50 m der eintretenden Ebbe und Flut wurde durch die erste Uferstrecke mittels 26,50 m langen und 2 m hohen Gitterträgern (Hauische Träger) und der zweiten Uferstrecke durch 10 m lange Balken und Sprengwerke über-wunden. Am den Schiffsvorkehr nicht gänzlich zu hindern, sind in der Mitte zwei ausfahrbare Brückenglieder mit je zwei Schiffen eingebaut. Die Verankerung erfolgte beider-seitig durch starke circa 100 m entfernte liegende Anker an starken Ketten und Stahltrossen. Diese Brücke ist geeignet, auf ihrer 5,50 m breiten Decke jeglichem, auch dem schwersten Verkehr standzuhalten.

Der Krieg hat starke, von allen empfundene wirtschaftliche Störungen hervorgerufen. Diese Störungen sind aber nicht so groß und leichter zu überwinden, als die Verwüstungen in den mit dem Kriegsschrecken durchzogenen Lande. Die Flüchtlinge kehren zurück und sind der Obdachlosigkeit preisgegeben. Es pressen sich dann viele Köpfe in die vorhandenen Räume. Aber was noch schlimmer ist als diese Unannehm-lichkeit, das ist der sich einstellende Hunger. Nirgends Brot zu bekommen, auch für Geld nicht, da kein Mehl zum Brot vorhanden. Aus diesem Grunde werden die nachfolgenden oder Befahrungstruppen täglich um Brot oder Essen angebettelt. Diese können sich dem in die Augen fallenden Glend nicht verschließen und teilen in vielen Fällen mit den hungernden Einwohnern Essen und Brot. In vielen Fällen wird sich auch die in manchen Orten gänzlich zerstörte Industrie aus verschiedenen Gründen kaum wieder etablieren und tritt für spätere Zeit eine dauernde Beschäftigungslosigkeit ein, was wiederum Rückschläge auf andere Gewerbe zur Folge hat.

In welcher Weise nach dem Kriege das Baugewerbe sich beleben wird, hängt davon ab, ob es dem betreffenden Staat möglich ist, entsprechendes Geld zur Verfügung zu stellen. Wohl wird das Bauen zur Notwendigkeit, aber ohne Geld ist es nicht auszuführen. G. J.



—* Anzeigen. *

(Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beigebrucht. Das Geld ist ohne weitere Aufforderung an den Zentralvorstand einzuliefern. Die Beträge sind nicht durch Postanweisung, sondern durch das Postamt Hamburg 11 zu überweisen unter folgender Adresse: „Zur Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Hamburg, bei dem Postamt in Hamburg 11.“ Zahl-tacten sind bei jeder Postanweisung unentgeltlich zu beziehen.)

[M. 3,60] **Nachruf.**
Nach längerer Krankheit starb im Alter von 65 Jahren unser treuer Kamerad
Franz Franke
aus Oberlichtenau.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kameraden der Zahlstelle Grossröhdersorf.

[M. 3,60] **Nachruf.**
Nach langer Krankheit starb unser treuer Kamerad
Max Grosche
im Alter von 21 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kameraden der Zahlstelle Soidenberg i. d. O.-L.

Zahlstelle Essen.
Sonntag, den 10. Januar, vormittags 11 Uhr:
Generalversammlung
in Groß-Essen, Steeler Straße 17.
Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Abrechnung vom vierten Quartal. 3. Neuwahl des Vorstandes.
Es ist Pflicht eines jeden Kameraden, der der Zahlstelle angehört, in dieser Versammlung zu erscheinen.
[M. 1,20] **Der Vorstand.**